

Info

Dezember 2003

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Wie in den letzten Jahren wollen wir auch dieses Jahr den Jahreswechsel dazu nutzen, einen kommunalpolitischen Rückblick auf das vergangene Jahr aus unserer Sicht zu geben.

Das Geld wird knapper - auch in Reinhardshagen. Der Staat verschuldet diese und nachfolgende Generationen immer mehr. Wir stellen uns der Verantwortung in dem Bereich, für den Sie uns gewählt haben. Grundsätzlich gilt für uns, dass sich die Ausgaben nach den Einnahmen richten müssen und nicht umgekehrt. Kreditaufnahmen, wenn nötig, nur für Investitionen und nicht für laufende Haushaltsausgaben. Eine höhere Belastung der Bürgerinnen und Bürger ist ebenso wie eine größere Verschuldung die falsche Antwort. Besonders in schwierigen Zeiten ist Verantwortungsbewusstes Handeln der gewählten Vertreter wichtig. Im Gegensatz zu einigen Nachbargemeinden ist es der Gemeinde Reinhardshagen gelungen, den Haushalt dieses Jahres auch im Nachtrag auszugleichen. Das liegt zum einen an der noch relativ guten Gewerbesteuerereinnahme, zum anderen an einem Kostenbewussteren Denken, was sich immer stärker in den Köpfen der in den Gemeindegremien handelnden Personen durchsetzt. Auf Antrag der UWG wurden Haushaltssperren in den laufenden Haushalt eingebracht, die auch eingehalten wurden. Der bitteren Erkenntnis, dass Leistungen, die bisher von der Gemeinde erbracht wurden, weiter zurückgefahren werden müssen, können sich immer weniger Verantwortliche verschließen. Auch Verwaltungskosten müssen ständig überprüft werden. Ziel muss sein, im **Verwaltungshaushalt die Spielräume zu erwirtschaften, die Investitionen ermöglichen.** Nur so wird kommunale Selbstverwaltung erst möglich.

Was macht in diesen schwierigen Zeiten der Landkreis? Trotz Verdoppelung der Verschuldung im Verwaltungshaushalt auf 26,2 Mio. Euro hält die Kreistagsmehrheit an ihrem geplanten Verwaltungsneubau mit dem Argument "bessere Arbeitsbedingungen für Mitarbeiter" fest. Bevor die Kreisverwaltung erreicht, was viele von uns bereits schmerzlich erleben, "gönnt man sich noch was". So eine Betrachtungsweise macht deutlich, warum der Landkreis für unsere Forderung, Teile des Verkaufserlöses seiner EAM - Anteile durch Senkung der Kreisumlage an seine Gemeinden weiterzugeben, um

diese dadurch weniger hoch zu belasten, kein Verständnis zeigt.

Die Neuverpachtung von Campingplatz und Hallenbadgaststätte ging trotz sorgfältiger Bewerberauswahl daneben. Der Pächter hat inzwischen das Objekt verlassen und wir stehen kurz vor einer Wiederverpachtung; diesmal allerdings Gaststätte und Campingplatz wieder getrennt. Wenn es auch bei diesem Verpachtungsflop keine gegenseitigen Schuldzuweisungen gibt, kann das Ergebnis nicht befriedigen.

Eine Pflichtaufgabe der Gemeinde ist die **Instandhaltung und Weiterentwicklung unseres Abwassersystems**. Hier ist und wird auch in den kommenden Jahren ein Schwerpunkt der Gemeindeinvestitionen liegen. Nachdem die im Ablauf vorgezogene Baumaßnahme in Vaake wegen der Neugestaltung der Schulstraße abgeschlossen ist, wird z. Zt. die Kanalerneuerung vom Hasselbach bis zur Amtsstraße in Veckerhagen durchgeführt. Ärgerlich, aber nicht zu ändern ist hierbei die Tatsache, dass die an diese Sammelleitung anschließenden Hauseigentümer die Kosten für den notwendig werdenden Hausanschluss selber tragen müssen. Wir haben aus Fehlern der Vergangenheit gelernt und drängen darauf, dass den betroffenen Anliegern die Satzungssituation deutlich gemacht wird.

Nachdem wir bereits im letzten Jahr den Anstoß dafür gegeben haben, dass der Wasseruhrenwechsel nicht mehr von Wasserversorgungsmitarbeitern der Gemeinde, sondern von ortsansässigen Firmen vorgenommen wird, wird in diesem Jahr auf unseren Vorschlag der **Zählerstand der Wasseruhren** am Jahresende nicht mehr von Gemeindemitarbeitern abgelesen. Die Gemeindeverwaltung legt die Meldung des Wasserzählerstandes in die Eigenverantwortung der Hausbesitzer. Sie melden in diesem Jahr erstmalig ihren Zählerstand, nach dem die Wasser- und Abwassergebühr berechnet wird. Auch dies sind Beispiele für Kostensenkungen, um mögliche Gebührenerhöhungen zu vermeiden.

Der gemeindliche Bauhof wird, wie im letzten Jahr angekündigt, so umstrukturiert und organisiert, dass er den Zukunftsansprüchen gerecht wird und kostenmäßig vertretbar bleibt.

Die Gemeinde muss nicht alles selber machen. Die Entscheidungsbefugnis sollte sie jedoch behalten. **Betriebswirtschaftliches Denken** muss sich auch im öffentlichen Dienst durchsetzen. Wir sind zum Dialog bereit, wenn es darum geht, eine schlanke und effiziente Verwaltung als Dienstleistung den Bürgerinnen und Bürgern anzubieten.

Die endgültige Fassung des **Flächennutzungsplanes** liegt dem Regierungspräsidium zur Genehmigung vor. Der im Einklang mit diesem Flächennutzungsplan und auch mit dem vor Jahren verabschiedeten Landschaftsplan stehende **Bebauungsplan** Nr. 5 "An der Wegelänge / im alten Hagen", ist in der letzten Sitzung von der Gemeindevertretung beschlossen worden. Er durchläuft nunmehr ebenfalls das Genehmigungsverfahren. Sollte alles gut gehen, werden wir in der Lage sein, ab Mitte des Jahres 2004 Bauwilligen wieder Bauplätze anbieten zu können.

Die Gemeindegremien haben über Jahre intensiv, zusammen mit übergeordneten Stellen, nach Lösungen für die zukünftige Entwicklung unserer Gemeinde gerungen. Jetzt, nachdem die kostenträchtigen Planungen abgeschlossen sind, könnten diese durch Vorgaben von "oben" wieder in Frage gestellt werden. Deshalb unterstützen wir die von der Gemeinde vorgetragene Bedenken gegen die Ausweisung weiterer Naturschutzgebiete, wodurch die **Entwicklung unserer Gemeinde** eingeschränkt wird.

Nachdem die alten Friedhofsteile in unseren Ortsteilen durch Umgestaltung ein ansprechenderes Aussehen bekommen haben, soll nun auch die Gräbersituation den Bedürfnissen der Hinterbliebenen angepasst werden. Mit einem "Tag des Friedhofes", vom Bürgermeister initiiert, wurde der Bevölkerung die neue Denkweise im Bezug auf Grabpflege vorgestellt. Die Gemeindegremien werden in Kürze eine **neue Friedhofssatzung** erarbeiten, in der diese Modelle berücksichtigt werden. Wir wollen dies unterstützen.

In beiden **Kindergärten** ist nach der Versuchsphase im vergangenen Jahr nun mit einigen Schwierigkeiten eine Früh- und Spätgruppe eingerichtet worden. Ein Angebot an Eltern, die diese längeren Kindergartenbetreuungszeiten nutzen möchten. Die Benutzerzahlen in beiden Kindergärten werden, so ist bereits heute abzusehen, weiter rückläufig sein. Es darf kein Tabu sein, auch in diesem sensiblen Bereich über Kosten zu sprechen und über Lösungsansätze nachzudenken, die möglicherweise auch dem einen oder anderen als unbequem erscheinen mögen.

Der **Ausbau der Schulstraße** ist abgeschlossen. Eine Maßnahme, die sicherlich zur Attraktivitätssteigerung des Ortsteils Vaake beiträgt. Bedauerlich in diesem Zusammenhang ist das Kommunikationsproblem mit den Anliegern, das einen Schatten auf diese positiv zu wertende Gemeindeinvestition wirft.

Dank an alle, die mit dazu beigetragen haben, dass nach dem Fortfall der Förderstufe ab August 2004 an unserer Schule

ein **Realschulzweig** eingerichtet wird. Nachdem es in Niedersachsen künftig keine Orientierungsstufe mehr gibt, wurde auch die Förderstufe an der Lucas-Lossius-Schule in Frage gestellt. Die jetzige Regelung für Reinhardshagen ist die richtige Antwort auf die Entscheidung Niedersachsens. Auch das Forstamt in Reinhardshagen bleibt als einziges **Forstamt** für den gesamten Reinhardswald erhalten. Für uns sind dies wichtige Beiträge zur **Infrastruktur**erhaltung.

Der Wohnwert in beiden Ortsteilen bleibt unser Anliegen. Wir kommen dem Ziel, die **Lebensmittelgrundversorgung in Vaake** wieder zu sichern, offensichtlich ein Stück näher. Die Hoffnung, dass ein Lebensmittelmarkt für ca. 2.000 Einwohner in Vaake rentabel wirtschaften kann, haben wir nie aufgegeben. Wir sind bereit, in den Gemeindegremien den Beitrag zu leisten, damit dieses Vorhaben umgesetzt werden kann.

Es gibt sicherlich noch einiges, was im abgelaufenen Jahr behandelt wurde. Kleinigkeiten für den einen, wichtige Dinge für einen anderen. Nicht alles lässt sich in einem solchen Infoblättchen unterbringen. Sollten Sie Fragen zum politischen Geschehen in unserer Heimatgemeinde haben, scheuen Sie sich nicht, uns anzusprechen. Wir sind offen für Anregungen und Kritik.

Das nunmehr seit vielen Jahren zum Jahreswechsel erscheinende UWG-Infoblättchen soll unsere Wähler darin bestärken, die richtige Wahl getroffen zu haben. Bei allen anderen wollen wir um Vertrauen werben.